Spanien

ESTHER BARBÉ

Nach dem Sieg der konservativen Partei (Partido Popular) bei den Wahlen im März 1996 wurde José Maria Aznar am 4. Mai 1996 zum Premierminister ernannt. Er ist der vierte Premierminister der spanischen Demokratie nach Adolfo Soarez, Leopoldo Calvo Sotello und Felipe González. In bezug auf die Beziehungen zwischen Spanien und der EU ist das Jahr 1996 sehr wichtig gewesen: Spanien feierte sein 10jähriges Jubiläum bei der Europäischen Gemeinschaft und Brüssel mußte zum ersten Mal mit einem anderen spanischen Premierminister verhandeln. So fand sich die neue konservative Regierung 1996 mit einem Modell „Spanien - Europa" konfrontiert, das während einer ganzen Dekade von einer sozialistischen Regierung und insbesondere in einer sehr persönlichen Art von Felipe González kreiert worden ist. Spanien stellt in bezug auf dieses europäische Modell eine wichtige Frage: Welche Änderungen wird die konservative Regierung einführen?

Adiós Felipe

Die feierliche Eröffnung der Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages in Turin am 29. März 1996 war zugleich ein Festakt zur Verabschiedung von Felipe González als spanischer Repräsentant auf europäischer Ebene. Bundeskanzler Helmut Kohl, auch ein Veteran neben González im Europäischen Rat, erinnerte an die elf Jahre gemeinsamer Arbeit im Europäischen Rat und verabschiedete ihn herzlich. Zum Abschied betonte González die beiden großen Ziele Spaniens im Hinblick auf die nächsten Jahre in Europa: (1) Spanien solle zu den Kernländern der Währungsunion 1999 gehören; (2) Spanien müsse im Hinblick auf die Agenda 2000 darauf achten, daß die Osterweiterung die Kohäsionsländer nicht benachteilige.

Zu diesen zwei von González herausgehobenen Themen der spanischen EU-Politik muß man ein drittes unmittelbar hinzufügen. Die letzten Monate der sozialistischen Regierung waren gekennzeichnet durch die angespannten Beziehungen zu Belgien, die aus der Weigerung von belgischen Richtern, zwei mutmaßliche ETA-Mitglieder auszuliefern, resultierten. Dieses Thema ist kurzfristig wegen der Unterzeichnung eines neuen Abkommens zwischen den 15 EU-Mitgliedstaaten wichtig, das die Auslieferung von Staatsbürgern in der Union erleichtert, und langfristig bedeutsam wegen der Abschaffung des politischen Asyls zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union. Neben vielen anderen Themen der sozialistischen Epoche wurde die Problematik der Auslieferung von der spanischen konservativen Regierung übernommen. Verglichen mit der sozialistischen Epoche zeigt das erste Jahr der Regierung Aznar eine große Kontinuität in der Europapolitik.

Auch der gegenwärtige Außenminister Abel Matutes[1] definierte die Außenpolitik Spaniens als kontinuierlich, sowohl in wesentlichen Grundpositionen Spaniens (Europa, Mittelmeer und Lateinamerika) als auch in bezug auf die zentralen Themen der europäischen Agenda. Vorrangig sind demnach:

- die Reform des Unionsvertrages während der Regierungskonferenz und die vorrangige Schaffung eines einheitlichen Rechtsraumes;
- die institutionelle Reform der Union aufgrund der Osterweiterung;
- die Konsolidierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik;
- die Teilnahme Spaniens am Kern der Währungsunion.

Demgegenüber betonte der Minister aber auch folgende Themen, bei denen die konservative Regierung ein eigenes Profil gegenüber der früheren sozialistischen Regierung zeigt:

- Intensivierung der transatlantischen Beziehungen der EU;
- Neudefinition der Rolle Spaniens in der NATO;
- Revitalisierung der Beziehungen zu Kuba, konzentriert auf die Achtung der Menschenrechte und die politische Freiheit auf der karibischen Insel.

Der Euro als historische Herausforderung für Spanien

Bei seinem Besuch der Niederlande Anfang 1997 erklärte José Aznar, daß seine gesamte Politik auf den Beitritt Spaniens in die Währungsunion bereits 1999 ausgerichtet sei.[2] Dieser Behauptung stehen Erklärungen aus Deutschland und den Niederlanden gegenüber, die sich für eine reduzierte Währungsunion ohne Teilnehmer aus dem „Club Mediterrané" (Italien, Spanien, Portugal) ausgesprochen haben. Der Beitritt Spaniens zum Kern der Währungsunion bestimmt die spanische Haushaltspolitik. Weil die konservative Regierung keine absolute Mehrheit erringen konnte, haben die nationalistischen Katalanen wie schon bei der Regierung von González ihre parlamentarische Unterstützung unter zwei Bedingungen angeboten: größere politische Autonomie sowie die strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien der Währungsunion 1999. Damit wiederholt sich das Schema von 1995, als die Katalanen Felipe González in seiner erfolgreichen europäischen Präsidentschaft unterstützten. Als diese Präsidentschaft endete, entzogen die Katalanen ihre Unterstützung und González mußte Neuwahlen anberaumen. In diesem Sinn kann man spekulieren, daß nach der Prüfung der Konvergenz im Frühjahr 1998 der Regierung Aznar erneut von Jordi Pujol die parlamentarische Unterstützung entzogen werden könnte, so daß José Aznar vorzeitig Parlamentswahlen ansetzen müßte. Aufgrund der guten Ergebnisse der spanischen Wirtschaft Ende 1996 und Anfang 1997 hat die spanische Regierung eine rigidere Haltung angenommen und betont, daß der vorgesehene Fahrplan zur Währungsunion respektiert werde. Gleichzeitig wendete sie sich gegen jede Form der Aufweichung der Kriterien. Bei der Sitzung des ECOFIN-Rates im Mai 1997 wurde der Konvergenzplan Spaniens angenommen, der sich vor allem auf die Reduzierung des Haushaltsdefizites richtet und

sozialpolitische Aspekte zurückstellt. Die zeigt sich zum Beispiel dadurch, daß die Löhne der spanischen Beamten eingefroren und die öffentlichen Ausgaben reduziert wurden. Gleichzeitig muß man hinzufügen, daß die Arbeitslosenquote 1996 die niedrigste seit 1982 war (13,8%).

Der Euro ist für Ministerpräsident Aznar zum europäischen Symbol schlechthin geworden. „Zum ersten Mal darf Spanien den Zug der Geschichte nicht verpassen und muß zu den Gründern der neuen Europäischen Union gehören".[3] Aufgrund der historisch begründeten Angst Spaniens vor einer zu großen Distanz zu Europa hat Aznar eine Vision der Zukunft entwickelt, in der der Beitritt zur Währungsunion für Spanien Wohlergehen, Beschäftigung und die Zukunft bedeutet. Damit hat Ministerpräsident Aznar die „historische Formel" von Felipe González übernommen.

Politisches Asyl: das Steckenpferd Spaniens

Aznars erster Auftritt als spanischer Repräsentant war der Europäische Rat in Florenz. Er kam mit einer sehr konkreten Forderung zu seinem ersten europäischen Gipfeltreffen: ein neues europäisches Auslieferungsabkommens, das während der italienischen Präsidentschaft ausgehandelt werden müßte. Er drückte den spanischen Wunsch aus, daß der Text einen Kompromiß der Fünfzehn ausdrücken solle, daß alle Personen, die dem Terrorismus oder bewaffneten Gruppen zugehören, auszuliefern seien. Die spanische Haltung wurde von Frankreich im Europäischen Rat unterstützt, womit sich die Kontinuität der politischen Zusammenarbeit zwischen Spanien und Frankreich während der Präsidentschaft Chiracs bei der Verfolgung von baskischen Terroristen ausdrückte. Die Hast der spanischen Regierung bei dem Thema der Auslieferung steht in einem direkten Zusammenhang mit den Problemen zwischen Spanien und der belgischen Justiz im Zusammenhang mit der belgischen Weigerung, zwei mutmaßliche Terroristen auszuliefern. Ursprünglich konzentrierte sich die Haltung Aznars auf die Notwendigkeit, daß alle polizeilichen und juristischen Kooperationsmechanismen verstärkt werden müssen. Daher rührt die spanische Unterstützung der europäischen Polizeibehörde Europol und der Entwicklung eines einheitlichen Rechtsraumes in Europa.

Der Kampf gegen den Terrorismus gehört zu den größten spanischen Sorgen. Dies ist der Grund, warum die spanische Regierung die Idee verfolgt, eine homogenere und kohärentere europäische Asyl- und Auslieferungspolitik zu gestalten. Dazu äußerte Aznar beim Gipfeltreffen in Florenz die Idee, daß ein politisches Asyl zwischen den Mitgliedstaaten der Union keinen Platz habe, in einem gemeinsamen Europa, wo jedes Land die politische Freiheit anerkenne. Ministerpräsident Aznar zeigte sich mit dem Ergebnis des Gipfeltreffens in Florenz zufrieden, weil Großbritannien während der italienischen Präsidentschaft verkündete, Europol in Zukunft zu unterstützen, und weil sich die Fünfzehn bereit erklärten, im Juni ein neues Auslieferungsabkommen zu beschließen. Während des Gipfeltreffens in Dublin im Dezember 1996 verstärkte Aznar seine politischen Bemühungen und

thematisierte erneut das Problem „politisches Asyl". Er schlug in diesem Kontext vor, daß die Revision des Maastrichter Vertrages auch das Verbot des politischen Asyls zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die Verstärkung von Europol und die Errichtung eines einheitlichen Rechtsraumes beinhalten solle.

Der politische Erfolg von Ministerpräsident Aznar in Dublin wurde von der internen Situation in manchen Mitgliedstaaten überschattet. Der Druck von Menschenrechtsorganisationen und internationalen Gruppen sowie die Nichtübereinstimmung mit den Verfassungstexten in einigen Staaten haben es deshalb als zweifelhaft erscheinen lassen, daß der spanische Vorschlag bereits als vorformuliertes Abkommen dem Gipfel von Amsterdam vorgelegt werden konnte. Die niederländische Präsidentschaft hat sich bemüht, eine erste Fassung des Abkommens zu erstellen, die von allen Seiten akzeptiert werden konnte und die ohne Zweifel deshalb weit von dem spanischen Wunsch entfernt bleibt. Spanien hat sich jedoch diesbezüglich sensibel gezeigt und man mußte deshalb bei einer nicht ausreichenden Berücksichtigung der spanischen Vorstellungen nicht mit einer Verweigerungshaltung beim Gipfeltreffen von Amsterdem rechnen.

Eine Erweiterung ohne Kosten

Auch der spanische Außenminister Abel Matutes hat sich als politisch sensibel erwiesen, als er sich zur Osterweiterung der Europäischen Union geäußert hat. In der Kontinuität der bisherigen Europapolitik hat Matutes die Osterweiterung positiv beurteilt. Entgegen der weit verbreiteten Auffassung, daß Spanien gegen die Osterweiterung sei, hat der Außenminister den betroffenen Ländern geschrieben: „Wir nehmen aufrichtig an, daß die Nachbarn unserer Nachbarn auch die Nachbarn Spaniens sind".[4] Mit anderen Worten: der amtierende konservative Außenminister hat damit die bekannte Haltung Spaniens eingenommen, die Osterweiterung der Union zu favorisieren, wenn die Erweiterung keine höheren Kosten für die Kohäsionsländer und die Gemeinsame Agrarpolitik bedeutet. In diesem Sinne hat Matutes zu der Festlegung der Finanzierung im Jahr 2000 geschrieben, daß es naiv sei, den europäischen Mitgliedstaaten vorzumachen, daß die Erweiterung kostenlos sein könnte. Die durchschnittliche Wirtschaftskraft sei in den neuen mittelosteuropäischen Demokratien zwar weit entfernt von der durchschnittlichen Wirtschaftskraft der bisherigen EU-Mitgliedstaaten, doch die Union besitze genügend Möglichkeiten, so daß der Beitritt den Bestand der Europäischen Union nicht gefährde.[5] Im Bereich der Agrarpolitik hat die spanische Gesellschaft eine antieuropäische Reaktion erlebt, besonders bei dem Konflikt um den Olivenanbau. Der mediterrane Charakter dieser Produktion wurde mit der österreichischen Mentalität und Herkunft des Agrarkommissars konfrontiert und hat eine negative Meinung über die Europäische Kommission provoziert, die man früher in Spanien so nicht kannte. Die Zweifel über die positiven Aspekte des Lebens in der Gemeinschaft sind gestiegen, auch aufgrund der häufigen Zwischenfälle in der landwirt-

schaftlichen Produktion an der Grenze zu Frankreich. Beispiel dafür sind Angriffe auf LKW und damit Angriffe auf das Prinzip des freien Warenverkehrs gewesen.

Wissend, daß dies die große Debatte in Kürze sein wird, versuchte die spanische Regierung ursprünglich, in ihrer ersten Amtszeit das Thema der gemeinschaftlichen Finanzen nicht anzusprechen. Nach dem Dubliner Gipfeltreffen hat die spanische Tageszeitung El País, die sehr kritisch gegenüber der gegenwärtigen Administration eingestellt ist, geschrieben: „Um Aznar mit seinem Vorgänger González vergleichen zu können, muß man erst abwarten, welche großen Reformvorschläge er macht oder welche finanziellen Kämpfe er besteht".[6] Beispiele dafür sind das Gipfeltreffen in Edinburgh 1992, wo der Kohäsionsfonds eingerichtet wurde oder der Gipfel in Cannes 1995, der die Finanzierung der euro-mediterranen Partnerschaft beschloß und Felipe González trotz eines harten Ringens erfolgreich für spanische Interessen eingetreten ist. Aznar wollte seine Premiere in Europa nicht mit finanziellen Forderungen belasten. Ihm ist aber bewußt, daß dies in Zukunft nicht zu umgehen sein wird und Spanien dabei eines der Länder ist, das am meisten zu verlieren hat. Um das Thema der Finanzen zu verschieben, hat die spanische Regierung mit Erfolg Druck ausgeübt, damit während der niederländischen Präsidentschaft die offizielle Diskussion der mehrjährigen finanziellen Perspektiven, der strukturellen Hilfen und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in bezug auf die Osterweiterung zurückgestellt werden konnte. Insgesamt wurde das Thema der Osterweiterung von der spanischen Regierung mit Vorsicht angegangen. Ministerpräsident Aznar sagte während seines Treffens mit Bundeskanzler Kohl im Januar 1997, Spanien habe keine Sorge wegen der Osterweiterung, warnte jedoch, dieser Prozeß werde „seine Entwicklungsphasen und seine Zeit" brauchen.

Von Westendorp zu Westendorp

Die Themen Asylpolitik und Währungsunion haben die europapolitische Agenda der spanischen Regierung Aznars geprägt. Die Regierung hat politisch und im Rahmen der öffentlichen Meinung wenig Profil gezeigt bei der Revision des Maastrichter Vertrages, mit Ausnahme des nach den Worten von Aznar „spanischen Steckenpferdes" Asylpolitik. Der Führer der spanischen Opposition, Felipe González, hat seine Vision zu Europa mit der Auffassung der Regierung verglichen und kritisiert, daß Ministerpräsident Aznar in bezug auf die Reform der Union versucht, die nationalen Interessen von Spanien „strictu sensu" zu vertreten. Daher rühre das geringe Profil Spaniens bei der Revisionskonferenz. Sein Engagement beziehe sich lediglich auf ein politisches Thema, nämlich das der Asylpolitik.

Bezogen auf die zentralen Aspekte der Reform – institutionelle Reform, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Verteidigungspolitik – hat sich die Haltung Spaniens nicht verändert, weil die spanische Position dazu im Konsens aller spanischen Parteien formuliert worden ist. Diese Position wurde in parlamentarischen Gutachten reflektiert, die in den ersten Monaten 1996 und später von der konservativen Regierung als Referenz herangezogen worden sind. Die

Gutachten wurden besonders inspiriert von der Arbeit von Carlos Westendorp als Präsident der Reflexionsgruppe 1995. Westendorp selbst redigierte die Einführung des Textes[7] der für die Eröffnung des Gipfels in Turin vorbereitet worden war.

Die Klugheit Westendorps zu diesem Zeitpunkt in bezug auf die institutionelle Reform der Union und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) basiert auf der Vision einer abgestuften europäischen Integration und auf den geographischen Eigenheiten Spaniens. Damit formulierte Westendorp im wesentlichen die spanische Haltung für die Revisionskonferenz in Turin. In bezug auf die GASP nimmt Spanien die Position der Mehrheit in der EU ein. Beim „policy-making" befürwortet Spanien den Aufbau einer Analyseeinheit beim Generalsekretär des Rates. Bei „decision-making" faßte der spanische Sonderbotschafter für Außenpolitik und allgemeine Sicherheit, Jorge Dezcaller, die spanische Position zusammen: „Man muß mit der Einstimmigkeit Schluß machen und eine qualifizierte Mehrheit einführen, ohne aber dabei eine salvatorische Klausel zu vergessen, so daß Spanien sich zum Beispiel nicht gezwungen sehen würde, eine Haltung zu Gibraltar anzunehmen, die gegen sein vitales Interesse zielt".[8]

Im Zusammenhang mit der europäischen Verteidigungsdimension hat die Regierung Aznar die Richtlinien der Regierung von González fortgeführt, welche die französisch-deutschen Vorstellungen in diesem Kontext unterstützt haben. Daher rührt die spanische Unterstützung des deutsch-französischen Dokumentes vom März 1997, welches die militärische Rolle der Westeuropäischen Union (WEU) verstärkt. Dieses Dokument thematisiert die Vorstellungen, die auch von allen spanischen Analysen seit 1995 vertreten worden sind. Diese Vorstellungen bedeuten eine progressive Inkorporation der WEU in die Europäische Union. Der Aktivismus Spaniens auf militärischem Gebiet bei humanitären Hilfseinsätzen und bei friedenserhaltenden Maßnahmen, wie er sich in Albanien 1997 zeigte, wo Spanien mit 500 Soldaten zum Kontingent beitrug, ist auch bei der konservativen Regierung ungebrochen. Hier muß man darüber hinaus auch daran erinnern, daß Spanien als einziges Land direkt bereit war, gemäß dem französischen Vorschlag Truppen nach Zaire zu entsenden.

Bezogen auf die institutionellen Reformen hatten sich die spanischen Bedenken auf die Stimmgewichtung im Rat und die Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen bezogen. Die Regierung Aznar verlangt in bezug auf nationale Interessen ein Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Anzahl der Stimmen.

Wenn bei der Revisionskonferenz mit Ausnahme des Themas der Asylpolitik die Rolle Spaniens eher unwichtig war, so kann man dies nicht über den Einfluß spanischer Politiker in Europa insgesamt sagen. Der Regierungswechsel in Spanien wurde begleitet von der Besetzung wichtiger politischer Ämter in Europa durch spanische Sozialisten. So konnte man 1996 und Anfang 1997 die Ernennung von Javier Solana zum Generalsekretär der NATO, von Ricard Pérez Casado zum Verwalter der EU in Mostar, von Miguel Moratinos zum Sondergesandten der EU für den Friedensprozeß im Nahen Osten, von Lluís Maria de Puig zum Präsident der Versammlung der WEU, von Felipe González zum Sonderbeauftragten der

OSZE in Serbien und schließlich die Ernennung im Mai 1997 von Carlos Westendorp zum Gesandten der EU in Ex-Jugoslawien registrieren. Hinzu kam im Januar 1997 die Ernennung des spanischen Christdemokraten José María Gil Robles zum Präsidenten des Europäischen Parlamentes.

Das Dreieck USA, NATO, Kuba

Zehn Jahre nach dem Referendum zum Verbleib in der NATO befinden sich die Beziehungen mit der Transatlantischen Allianz auf einer neuen Ebene. Ende 1995, als Solana zum Generalsekretär ernannt worden war, sprach die spanische Presse von einer Gegenleistung, die die NATO nun zu erbringen habe, das heißt, die völlige Integration Spaniens in die militärische Infrastruktur. Sowohl die Konservativen als auch die Sozialisten hatten dies in ihren Wahlprogrammen im März noch gar nicht erwähnt. Mit dem Sieg der konservativen Partei haben die Mehrheitsfraktionen dann aber eine neue spanische Rolle in der NATO formuliert. Ein gutes Beispiel einer neuen Haltung ist auch der Vortrag des spanischen Königs beim Besuch der NATO im April 1996. Der Vortragstext wurde im Rahmen einer gemeinsamen Konsultation sowohl von Felipe González als auch von José Aznar vorab gebilligt. Der König machte in seiner Rede auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Struktur der NATO so zu reformieren, daß die vollständige Integration Spaniens möglich sei. Mit anderen Worten: wenn die Sozialisten die Wahl gewonnen hätten, wäre die Politik diesbezüglich die gleiche gewesen.[9] Die bis dahin dominierende „traditionelle" spanische Haltung zur NATO wurde 1996 damit nach zehn Jahren harter Debatten überwunden. Das spanische Parlament hat einer Resolution zugestimmt, die eine Teilnahme Spaniens bei den Verhandlungen für die Reform der Struktur der NATO legitimiert. Die spanische Haltung hierzu wurde geprägt durch den Wunsch der spanischen Regierung, eine wichtigere Rolle in der neuen NATO einzunehmen, weit entfernt von dem spanischen Image der achtziger Jahre als „widerspenstiger Partner". Zwei Achsen kennzeichnen das Verhalten Spaniens bei den Verhandlungen der Reform zur NATO: erstens, eine wichtige regionale Rolle einzunehmen im Mittelmeerraum und im Atlantik durch die Herstellung einer multinationalen Kommandantur, die in Spanien angesiedelt ist, was aber Kompetenzprobleme mit Portugal verursacht; zweitens, einen politischen Sieg bezüglich Gibraltar zu erreichen, indem man die Abschaffung der dort ansässigen Kommandantur vorschlägt. Diese Politik hat in der Öffentlichkeit fast keine Aufmerksamkeit gefunden, die Kanarischen Inseln ausgenommen, wo der „militärische Nationalismus" der Politiker dieser Inseln den auf die Errichtung der Kommandantur im Bereich Atlantik bezogenen Konflikt Spanien-Portugal bedingt. Die NATO-Politik Spaniens sah sich kompensiert durch die Entscheidung des Atlantischen Rates in Madrid im Dezember 1996, einen neuen Gipfel in Madrid im Juli 1997 einzuberaumen, auf dem man die Verhandlungen mit den mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten vorbereiten und die neue Kommandostruktur der NATO annehmen wollte. Diese Entscheidung wurde inspiriert von dem USA-Beauftragten, der sehr

zufrieden war mit der Politik der Regierung Aznar. Abgesehen von den Änderungen der Position bezüglich der NATO ist eine unverhoffte Verhaltensänderung der spanischen Regierung gegenüber dem Regime von Fidel Castro hinzugekommen, was Washington am meisten befriedigt hat.

Hier muß man eine Kehrtwendung in der Außenpolitik Spaniens erwähnen. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang daran, daß beim Europäischen Rat von Madrid im Dezember 1995 González versucht hatte, einen Dialog und eine Zusammenarbeit mit Kuba weiterzuentwickeln, indem er die Europäische Kommission um ein Projekt für ein Abkommen zur wirtschaftlichen und kommerziellen Zusammenarbeit mit Kuba gebeten hatte. Die Politik des konstruktiven Dialoges wurde durch Aznars Haltung radikal verändert, der einen sehr strengen Standpunkt gegenüber dem Castro-Regime vertritt. Der Text, der eine gemeinschaftliche Position der EU-Mitgliedstaaten vorsah, wurde im Dezember 1996 angenommen. Insgesamt bedeutet die „Hetzpolitik" von Seiten Aznars gegenüber Castro eine kopernische Drehung in der internationalen Dimension Spaniens, denn es wurde eines von den seit Franco existenten Prinzipien entstellt: die brüderliche Unterstützung des kubanischen David durch Spanien gegenüber dem amerikanischen Goliath.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Luisa Morillas Pérez, freie Übersetzerin, München.

1 Vgl. Manutes, Abel: „Wandel und Kontinuität der spanischen Außenpolitik" (Cambio y permanencia en la politica exterior espanola), in: El País Jahrbuch 1997, S. 134.
2 Vgl. „Aznar erneuert in Holland, daß seine ganze Politik sich auf den Beitritt zum Euro konzentriert" (Aznar reitera en Holanda que toda su política se orienta a entrar en el euro), in: El País v. 19.2.1997.
3 „Aznar nicht bereit, irgendeinen Druck von einer Gruppe zu akzeptieren" (Aznar proclama que no está dispuesto a aceptar pulsos ni presiones de nigún grupo), in: El País v. 4.3.1997.
4 Matutes, Abel: Der Beitrag Spaniens (La aportación de Espana), in: El País v. 25.3.1997.
5 Vgl. Matutes, Abel: Spanien in Europa (Espana en Europa), in: Politica Exterior 52 (1996), S. 104.
6 „Die Premiere Aznars" (El estreno de Aznar), in: El País v. 25.12.1996.
7 Vgl. Spanisches Außenministerium: Elemete der spanischen Haltung für die Revisionskonferenz 1996 (Elementos para una posición espanola en la Conferencia Intergubernamental de 1996), Madrid 1996.
8 Dezcallar, Jorge: „USA mißtraut der europäischen Integration" (EEUU desconfía de la integración europea), in: EuroCampus, März 1997.
9 Vgl. Barbé, Esther: The Security and Defense Policy: the Spanish Position in the IGC 96, Norwegen 1996.

Weiterführende Literatur

Algieri, Franco, Elfriede Regelsberger (Hrsg.): Synergy at work. Spain and Portugal in European Foreign Policy, Bonn 1996.

Arias, Salgado: La politica europea de Espana y la conferencia intergubernamental de 1996, in: Politica Exterior, Nr. 47, 1995, S. 38-46.

Barbé, Esther: De la ingenuidad al pragmatismos: 10 anos de participatión espanole en la maquinaria diplomáticaeuropea, in: Revista CIDOB d'Afers Internacionals, Nr. 34-35, S. 9-30.